

V1100/23

**Erhöhung der Standgebühren und des Bierpfennigs bei den Volksfesten;  
Ausfall des „Fest zum Reinen Bier„ in 2024  
(Referent: Herr Engert)**

**Antrag:**

1. Der Erhöhung der Standgebühren und des Bierpfennigs bei den Volksfesten um ca. 10% wird zugestimmt
2. Dem Vorschlag, 2024 kein Fest zum Reinen Bier durchzuführen, wird zugestimmt.

Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit	31.01.2024	Vorberatung
Stadtrat	29.02.2024	Entscheidung

**Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit vom 31.01.2024**

Die Beschlussvorlage sei zweigeteilt, erklärt Herr Engert. Zum einen schlage die Vorlage vor, die Standgebühren bei den Volksfesten und den Bierpfennig um circa 10 Prozent zu erhöhen, da dies seit 2017 nicht mehr geschehen sei. Insofern sei es unabhängig von der finanziellen Situation der Stadt Ingolstadt an der Zeit, dies zu veranlassen. Mit den Betroffenen, also mit der ARGE und mit den Brauereien, sei das Thema bereits besprochen worden. Diese hätten für die Erhöhung Verständnis gezeigt. Der zweite Vorschlag der Beschlussvorlage sei, im Jahr 2024 kein „Fest zum Reinen Bier“ durchzuführen. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung musste alle Ämter der Stadt Einsparvorschläge für das Jahr 2024 einbringen. Davon sei das Kulturamt nicht ausgeschlossen gewesen. Es ergreife auch außerhalb des Bereiches der Volksfeste entsprechende Maßnahmen. Außerdem habe sich in dem Fall angeboten, kein Bierfest dieses Jahr durchzuführen, da es keinen passenden Platz gebe, der sich hinsichtlich des historischen Ambiente aufdrängen würde. Sowohl der Schlossplatz als auch der Platz an der Hohen Schule stehe 2024 nicht zur Verfügung, sodass das Fest an einer neuen Örtlichkeit stattfinden müsste, der nicht so ganz historisch attraktiv und eingebettet wie die bisherigen sei. Nichtsdestotrotz habe das Kulturamt im Herbst Planungen für den Theatervorplatz aufgesetzt und bereits mit den Beteiligten gesprochen. Die Durchführung am Theaterplatz wäre möglich. Es sei nicht so, dass das Kulturamt nicht in der Lage wäre, einen anderen Platz zu bespielen, erklärt Herr Engert und führt weiter aus, dass man sich aus Gründen der Haushaltskonsolidierung zum Vorschlag der Absage des Festes entschlossen habe. Nun gebe es dazu einen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, das „Fest zum Reinen Bier“ durchzuführen. Einsparvorschläge mache man nicht, weil man Lust dazu habe, sondern weil man diese zwangsweise machen müsse. Die Möglichkeit, das Fest auf dem Theatervorplatz abzuhalten, sei da, jedoch müsse darüber der Ausschuss und dann der Stadtrat entscheiden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, eine getrennte Abstimmung durchzuführen, da sich dies bei der Vorlage anbiete. Erstmal solle über die Standgebühren und den Bierpfennig und anschließend über das Fest zum Reinen Bier diskutiert und abgestimmt werden.

Hinsichtlich der Erhöhung der Standgebühren werde die FW-Stadtratsfraktion zustimmen, teilt Stadtrat Böttcher mit. Beim Bierpfennig sehe man es anders. Preiserhöhungen würde es

sowieso in allen Richtungen geben, auch beim Bier. Dabei profitiere man bereits von den höheren Preisen. Aufgrund dessen könne die FW-Stadtratsfraktion der Erhöhung des Bierpfennigs nicht zustimmen und bittet darum, diese nicht durchzuführen. Des Weiteren bittet er um getrennte Abstimmung.

Bezüglich der Standgebühren würden Betroffene die Preise wohl auch erhöhen, wenn sie mehr zahlen müssten, meint Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an ihren Vorredner gewandt.

Es gebe für alle immer noch das Problem, dass man die Haushaltseinsparungen noch nicht auf dem Tisch habe, bemerkt Stadtrat Schidlmeier. So wisse man noch nicht im Detail, an welchen Stellen eingespart werden solle. Man werde auch den Faktor haben, einerseits Haushaltseinsparungen zu betreiben, auf der anderen Seite Gebühren und Abgaben zu erhöhen und Mehreinnahmen zu generieren. In diesem Wechselfeld würde sich die Stadt in den nächsten Wochen und Monaten bewegen. Die CSU-Stadtratsfraktion sehe es ähnlich wie die FW-Stadtratsfraktion, dass aufgrund der langen Zeit eine Erhöhung der Standgebühren durchaus zu vertreten sei. Auch der Bierpfennig müsse wohl erhöht werden. Es sei gut, dass man dahingehend bereits Gespräche mit den Betroffenen geführt und deren Verständnis dafür signalisiert bekommen habe.

Stadtrat Mittermaier meint, solch eine Diskussion bereits im Herbst geführt zu haben. So sei mit den Wirten und den Brauereien bereits über die Entwicklung des Bierpfennigs gesprochen worden. Er habe wahrgenommen, dass die Betroffenen bereits ihr Einverständnis gezeigt hätten. Aus diesen Gründen könne er die jetzige Diskussion darum nicht ganz nachvollziehen.

Herr Engert erklärt an Stadtrat Schidlmeier gewandt, dass die Auswirkungen des Beschlusses im Haushaltsjahr 2024 bereits relevant seien. Deswegen behandle man zum jetzigen Zeitpunkt auch die Beschlussvorlage. Wenn man den Beschluss im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gebracht hätte, über die die Potenziale für 2025 bis 2027 abgewickelt werden, müsste man heute keine Beschluss fassen. Man brauche vorlaufend zum Haushalt 2024 einen Beschluss, weil das für die diesjährigen Volksfeste schon relevant sei. Das Thema sei noch nicht beschlossen. Zwar wurde mit den Brauereien darüber gesprochen, trotzdem sei es neu für sie. Durch die zuletzt beschlossene Aufspaltung der Gebühren, dass die Brauereien und Festwirte je nach Umsatzgrößen zwischen einem unterschiedlichen Bierpfennig optieren können, sei man den Wirten ein ganzes Stück entgegengekommen. Dies führe im Vergleich zur bisherigen Situation zu deutlichen Mindereinnahmen. Insofern halte man es für vertretbar, mit dem Bierpfennig um die vorgeschlagene Marge zu erhöhen. Herr Engert stellt klar, bei diesem Vorschlag zu bleiben und ihn nicht zurückzuziehen. Wie der Stadtrat entscheide, sei eine andere Sache.

Die Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN sei in dem Fall von beiden Erhöhungen, sowohl der Standgebühren, als auch dem Bierpfennig, nicht abgeneigt, informiert Stadträtin Kürten. Das liege auch an der derzeitigen Situation, in der sich die Stadt Ingolstadt befinde. Wenn man Mehreinnahmen generieren könne, dann bedeute das, dass man an anderer Stelle weniger streichen müsse.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass nun die Diskussion über die Ziffer 2 der Beschlussvorlage der Verwaltung abgehalten werde.

Die CSU-Stadtratsfraktion sei aufgrund der Vorlage, der genannten Örtlichkeit und dem Einsparpotenzial ein wenig irritiert gewesen, erklärt Stadtrat Schidlmeier. Seitens der SPD-Stadtratsfraktion habe es eine schnelle Reaktion auf die Absage des „Fest zum Reinen Bier“ gegeben. Er sei der Meinung, dass man über die 75.000 Euro noch einmal sprechen müsse. Denn diese Kosten hätte die CSU-Fraktion gerne als aufgedgliedert (siehe Anlage zum Protokoll). Eventuell sei es auch machbar, sofern Einsparungen möglich seien, im Segment der Musik zu variieren. Er macht den Vorschlag, einen Abend als „Stade Wiesn“ zu

veranstalten. Schließlich müsse es nicht immer laut zugehen und auch die Musikdarbietungen seien nicht immer aller Besucher Geschmack.

Herr Engert erläutert, dass die Summe von 75.000 Euro die reale Einsparung des Festes darstelle. Das bedeute, dass die Ausgaben deutlich höher seien. Es gebe Einnahmen und eben das Defizit von 75.000 Euro, dass man erwirtschaftete. Man habe mit den Brauereien darüber und über die Möglichkeit, im Musikprogramm etwas zu ändern, gesprochen. Bis zur nächsten Stadtratssitzung solle dies möglichst genau aufgearbeitet werden. Allerdings nutze man einen neuen Platz für das Fest zum Reinen Bier, den man vorher noch nicht verwendet habe. Dementsprechend müsse geschaut werden, was das für die Umsetzung bedeute. Die Kosten der Musik würden sich auf circa 20.000 Euro belaufen. Es könne sein, dass an dieser Summe nichts eingespart werden könne, da der Theatervorplatz ordentlich bestückt werden müsse. An sich könnten die Musikdarbietungen auf jeden Fall ausgedünnt werden. Allerdings denkt Herr Engert nicht, dass es sinnvoll sei, das historische Profil völlig aufzugeben, da das Fest zum Reinen Bier von seinem ganz eigenen Profil lebe, sich somit von anderen Festivitäten abgrenze und die einzige historische Veranstaltung in diesem Segment Ingolstadts sei. Ansonsten sei es nur wieder eine Veranstaltung, bei dem Bier ausgedünnt werde, was mit dem historischen Reinheitsgebot nicht mehr viel zu tun habe.

Stadträtin Kürten äußert ihre Verwunderung, weswegen über den SPD-Antrag in der heutigen Sportausschusssitzung nicht diskutiert werde und dass das frei werdende Geld gut für andere Dinge eingesetzt werden könne. Natürlich sei es etwas Positives und Schönes, den Menschen das Feiern zu ermöglichen. Das Thema habe man erst bei der Diskussion um das Stadtfest gehabt. Nichtsdestotrotz schließt sie sich in diesem Fall der Meinung des Herrn Engert an, dass hierbei das historische Ambiente fehle. Ob die Summe von 75.000 Euro nun durch ein nicht vorhandenes Defizit oder anderes zustande käme, sei egal. Man sollte darüber nachdenken, was man eventuell für Kinder und Familien anbieten könne. Das Fest des Reinen Bieres sei dafür eher ungeeignet.

Die FW-Stadtratsfraktion würde das Fest des Reinen Bieres gerne abhalten wollen und gehe mit dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion mit, so Stadtrat Böttcher. Man könnte sich auch vorstellen, das Fest am Paradeplatz durchzuführen, auch wenn es in der Sitzungsvorlage heiße, dass dieser zu klein sei. Beim Ambiente komme es immer darauf an, wie die Ausgestaltung der Brauereien aussehen würde. Das Fest zum Reinen Bier sei doch ein gewisses Alleinstellungsmerkmal in Bayern, weshalb es auch touristisch interessant sei.

Im Herbst habe man sich bereits mit Platzalternativen beschäftigt, antwortet Herr Klein an seinen Vorredner gewandt. Der Schlossinnenhof werde definitiv nicht verfügbar sein. Das bedeute, um das Fest am Paradeplatz veranstalten zu können, benötige man unbedingt zusätzliche Fläche der Fußgängerzone. Bei den Gesprächen mit den Betroffenen sei das Plädoyer sehr eindeutig gewesen. Wenn das Fest durchgeführt werden solle, dann am Theatervorplatz. Am Paradeplatz könne keine faire Gleichbehandlung stattfinden. Der Schlossinnenhof sei sehr attraktiv, da dort ein gutes Programm und eine gute Verteilung möglich seien. Aber die Brauereien, die man vom Paradeplatz aus in der Fußgängerzone platzieren müsse, würden im Vergleich zu den anderen deutlich vom Geschäft abfallen. Diese Situation habe man am Theatervorplatz nicht. Die Kosten für das Programm würden sich auf circa 20.000 Euro belaufen, so Herr Klein. An der Stelle könnte ein wenig eingespart werden. Das gesamte Programm sein zu lassen, könne man nicht machen, aber in der Größe und der Aufstellung seien Änderungen möglich.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bestätigt, dass der Theatervorplatz seitens der Brauereien für diese Veranstaltung in Ordnung wäre.

Stadtrat De Lapuente entgegnet Stadtrat Schidlmeier, dass die SPD-Stadtratsfraktion immer sehr schnell handle. In dieser Frage sei man verwundert gewesen, dass die FW-Stadtratsfraktion dem Antrag der SPD zustimmen. Denn im Donaukurier habe man lesen

können, dass die Freien Wähler über den Antrag überrascht gewesen sei und diesen für nicht abschließend durchdacht gehalten habe. Das Fest zum Reinen Bier habe in Ingolstadt eine Marke. Wenn die Spaltung der Gesellschaft voranschreite und man sich gegeneinander aufreibe, sei es nicht sinnvoll, solche Veranstaltungen abzubauen. Schließlich sei dies ein Treffpunkt, an dem Menschen zusammen kämen, sich unterhalten und zueinanderfinden können. Gerade in schwierigen Zeiten sollten solche Feste stattfinden. Nichtsdestotrotz könne man die Kosten auch ein wenig im Blick behalten.

Vor 14 Tagen habe man nichtöffentlich Sparvorschläge, bei denen unter anderem das Fest zum Reinen Bier enthalten gewesen sei, der Verwaltung entgegengenommen, erklärt Stadtrat Ettinger an Stadtrat De Lapuente gerichtet. Insofern sei die SPD-Stadtratsfraktion schneller als alle anderen gewesen, weil sie sich an die Vereinbarung der Nichtöffentlichkeit nicht gehalten habe. Natürlich war es dann im Donaukurier publiziert worden und auch Stadtrat Ettinger habe das bedauert, weil es sich beim Fest zum Reinen Bier um eines seiner Lieblingsfeste handle. Es sei eines der jüngsten Feste Ingolstadts und man sei stolz, die Stadt des Reinheitsgebotes zu sein. Langsam gelinge es auch, diese Botschaft überregional zu verkünden. Dies sei auch seine erste Reaktion gewesen, so Stadtrat Ettinger. Deswegen habe man sich mit einem Vorschlag zurückgehalten. Die Argumente seien auf der Seite der SPD-Stadtratsfraktion. Auch er folgt dem vollumfänglich und plädiert dafür, das Fest durchzuführen.

Stadtrat Niedermeier teilt mit, dass auch er sich für die Abhaltung des Festes ausspreche.

Stadtrat Mittermaier weist auf die Aussage und die Informationen von Herrn Engert im Donaukurier hin. Auf diese habe die SPD-Stadtratsfraktion Bezug genommen, ansonsten hätte man sich nicht getraut, diesen Antrag zu stellen. Der Platz sei bisher immer im Neuen Schloss gewesen. Der Theatervorplatz befinde sich unmittelbar vor dem „Alten Schloss“, also dem Herzogskasten. Noch historischer könnte dieser Ort nicht sein, weshalb es ein schönes Ambiente gebe. Man veranstalte oft viel zu wenig, abgesehen vom Bürgerfest. Natürlich müsse man die Kosten im Blick behalten und das Fest günstiger gestalten. Trotzdem solle etwas geboten sein.

Stadtrat Ettinger schlägt den Platz vor dem ehemaligen Schwaben- und Poppenbräu als Austragungsort vor. An diesem Ort seien drei oder vier Brauereien in unmittelbarer Umgebung, um die es letztlich gehe. Vielleicht könne man zusammen mit den Brauereien etwas machen. Schließlich habe man eine zunehmende Anzahl junger Brauereien in Ingolstadt, was eine erfreuliche Entwicklung sei.

Die jungen Brauereien sollten ohnehin mitbeteiligt werden, meint Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Dies sei bereits beim letzten Mal der Fall gewesen.

Stadtrat Bannert bittet darum, dass über den Antrag auch in der Stadtratssitzung getrennt abgestimmt werden solle. Des Weiteren teilt er mit, dass er die heutige Diskussion und die Anregung, das Fest stattfinden zu lassen, mit in die Fraktion nehmen wolle. Dort werde er mitteilen, dass das Kulturamt trotz erheblicher Sparmaßnahmen weiterhin bemüht sei, das Defizit an der ein oder anderen Stelle weiter zu reduzieren. Das fordere schließlich die AfD-Stadtratsfraktion schon lange. Die Stadt lebe auch von der Werbung des Reinheitsgebotes. An alle vorherigen genannten positiven Punkte, könne sich Stadtrat Bannert nur anschließen. Auch er stehe dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion positiv gegenüber und wird dies auch so in der AfD-Fraktion vertreten.

Herr Engert sei froh, dass Stadtrat Mittermaier direkt das schöne Ambiente des Theatervorplatzes mit dem „Alten Schloss“ im Hintergrund erkannt und nicht das alte Theater genannt habe. Die jungen Brauereien würden schon lange beteiligt werden, teilt er mit. Das sei das Schöne am Fest, dass auch kleine Brauereien aus der Region vertreten wären. Der Platz vor dem Schwabenbräu sei zu eng, ohne dass man sich ihn im Detail anschauen

müsse. Außerdem hätte man dort Verkehrsprobleme und müsste den gesamten Verkehr umlegen. Das dritte Problem würde die Anwohner darstellen. Am Theatervorplatz würden nur wenige Menschen wohnen beziehungsweise die nächsten Wohnungen seien weiter weg, sodass das ein Vorteil für die Durchführung des Festes an diesem Ort sei. An Stadtrat Bannert gerichtet, antwortet Herr Engert, dass man versuche, an allen Stellen so eng wie möglich zu planen. Ansonsten komme man mit der Zahl der Veranstaltungen nicht durch. Schließlich sei der Druck auf den Haushalt sehr hoch. Er ändert die Ziffer 2 des Antrags der Verwaltung ab und schlägt vor, dass Fest zum Reinen Bier durchzuführen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt den abgeänderten Antrag mit Zustimmung von Stadtrat Bannert vorberatend zu Abstimmung, weil ihr ein Meinungsbild des Ausschusses zu dieser Thematik wichtig sei. Schließlich müssten dann die Vorbereitungen dafür schnell beginnen.

#### Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

##### Getrennte Abstimmung über die Ziffer 1:

- a) Der Erhöhung der Standgebühren bei den Volksfesten um ca. 10% wird zugestimmt.

##### Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

- b) Der Erhöhung des Bierpfennigs bei den Volksfesten um ca. 10% wird zugestimmt.

##### Gegen 3 Stimmen (Stadtrat Böttcher, Stadtrat Niedermeier, Stadtrat Bannert):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

##### Abstimmung über die Ziffer 2:

- 2. Dem Vorschlag, 2024 ein Fest zum Reinen Bier durchzuführen, wird zugestimmt.**

##### Gegen 2 Stimmen (Stadträtin Kürten, Stadtrat Over):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

## **Verschiedenes**

Stadträtin Fuchs bittet die Verwaltung, für das eingelagerte große, blau-weiße Osterei der Partnerschaftsstadt Opole einen passenden Platz zu finden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte wissen, ob das Ei derzeit gelagert werde.

Herr Engert sagt zu, sich darüber zu erkundigen und fragt an Stadträtin Fuchs gewandt, ob dieses Osterei aus Beton gewesen sei.

Das Ei bestehe aus Gips oder ähnlichem Material, erklärt Stadträtin Fuchs. Dessen Schäden seien beseitigt worden und man habe es neu gestrichen. Jedes Jahr sei dieses gepflegt, aufgestellt und verziert worden. Seit drei Jahre sei es allerdings eingelagert.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, dass sich Herr Engert der Sache annehmen werde. Dies falle dann allerdings unter einfaches Verwaltungshandeln.

Stadtrat Schidlmeier äußert die Bitte, hinsichtlich der bald beginnenden Freiluftsaison und den damit stattfindenden Veranstaltungen am Donauufer, darauf hinzuwirken, in Absprache mit den Ingolstädter Kommunalbetrieben wieder ordentliche Sanitäreanlagen zu schaffen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll meint an ihren Vorredner gerichtet, dass ihr nichts Gegenteiliges bekannt sei, man sich jedoch nochmal erkundigen werde.

Es gehe um eine Veranstaltung im Rahmen des Fem\*Festivals in Ingolstadt, erklärt Stadtrat Ettinger. Die Diskussion bezüglich des Vorlesens von Männern bei Kindern sei in den sozialen Medien derzeit sehr brisant, weshalb es jetzt eine gute Gelegenheit sei, die „Wogen etwas zu glätten“, so Stadtrat Ettinger.

Herr Engert antwortet an seinen Vorredner gewandt, dass es sich hierbei um ein Thema handle, das auch den Ausschuss für Kultur und Bildung berühre, weil das Fem\*Festival eine kulturelle Veranstaltung sei, welche im zuständigen Ausschuss vorgestellt werde. Ob es gelinge, „die Wogen zu glätten“, könne er nicht sagen, denn nicht die Verwaltung habe diese Diskussion entfacht, sondern man habe immer versucht, sachlich zu argumentieren. Es handle sich um eine Veranstaltung, in der Text von zum Teil sehr bekannten Werken, wie „Der kleine Prinz“ von Antoine de Saint-Exupéry und viele weitere von zwei Männern, die sich als Frauen verkleiden, vorgelesen werden würden. Das Ziel sei, die Kinder, die mit ihren Eltern die Veranstaltung besuchen, zu bestärken, dass man das Leben so nehme, wie es sei und dazu stehe, wie man ist. Insofern sehe Herr Engert grundsätzlich kein Problem. Die Veranstaltung werde im Gebäude des Stadtjugendrings in der Fronte79 stattfinden, da im Kap94 noch Bauarbeiten seien. Außerdem sei der Besuch völlig freiwillig. Man lebe in einer demokratischen Gesellschaft. Niemand, der nicht möchte, müsse diese Veranstaltung besuchen. Die Verwaltung sei auch nicht bereit, das Vorlesen der verkleideten Männer infrage zu stellen und hält dies für sehr vertretbar. Auch im Theater gebe es viele Inszenierungen, bei denen Männer als Frauen oder umgedreht verkleidet, agieren würden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass über diese Thematik im Ausschuss für Kultur und Bildung diskutiert werden könne.